

## Überforderung

*Der Papst als „Mann des Jahres“ 1994*

60 Prozent der deutschen Katholiken sind der Meinung, der Papst füge der Kirche Schaden zu, wohingegen nur 35 Prozent glauben, er führe diese gut. Dieses Ergebnis einer aktuellen Emnid-Umfrage veröffentlichte der „Spiegel“ mitten im Advent des vergangenen Jahres. Zwei Wochen darauf erschien dann Johannes Paul II. als „Mann des Jahres“ für 1994 auf der Titelseite des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time“ mit der Begründung: „In einem Jahr, in dem so viele Menschen über den Zerfall moralischer Werte klagten oder sich für schlechtes Verhalten entschuldigten, vertrat Johannes Paul II. nachdrücklich seine Vision vom guten Leben und appellierte eindringlich an die Welt, ihr zu folgen.“

Der Befund könnte jedenfalls auf den ersten Blick nicht widersprüchlicher sein. Aber wie ist er zu erklären? Sind die deutschen Katholiken mehrheitlich blind für die wahre Größe des gegenwärtigen Papstes, sehen sie aus antirömischen Affekt den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr? Oder überschätzen die amerikanischen Magazinmacher die Bedeutung Johannes Pauls II. als moralischer Instanz und Leitfigur? Ist der Papst möglicherweise gleichzeitig ein Schaden für seine Kirche und ein Gewinn für die mit integren Führungspersonlichkeiten nicht gerade üppig ausgestattete Welt des späten 20. Jahrhunderts?

In der bisherigen Geschichte des gegenwärtigen Pontifikats war 1994 *kein herausragendes Jahr* in dem Sinn, daß spektakuläre Aktivitäten oder Äußerungen zu verzeichnen gewesen wären. Das vorgesehene Reiseprogramm mußte mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Papstes auf ein Minimum zusammengestrichen werden, es

erschien keine Enzyklika. Im Vordergrund standen vor allem Gerüchte und Vermutungen über wirkliche oder vermeintliche Krankheiten Johannes Pauls II., Spekulationen über mögliche Nachfolger schossen ins Kraut. (Auch „Time“ nennt in seiner „Mann des Jahres“-Geschichte „heiße“ Kandidaten für das nächste Konklave.)

Aber „Time“ ging es wohl weniger um das Jahr 1994 im besonderen, als um das Profil Johannes Pauls II. überhaupt. Die Auszeichnung des Papstes als „Mann des Jahres“ ist zunächst Ausdruck der *Faszination*, die Johannes Paul II. seit Beginn seiner Amtszeit auf viele Zeitgenossen ausgeübt hat und auch heute noch ausübt. Es ist kein Zufall, daß der Beitrag über den Papst mit den Sätzen beginnt: „Menschen, die ihn sehen..., vergessen ihn nicht. Seine Auftritte erzeugen eine elektrische Spannung, die sonst niemand auf der Welt erzeugen kann.“ Und tatsächlich: In Manila strömten jetzt bei der ersten großen Auslandsreise Johannes Pauls II. seit der Operation im vergangenen Jahr mehrere Millionen Menschen zusammen, um mit ihm Gottesdienst zu feiern (vgl. ds. Heft, S. 103).

Solche Begeisterung setzt allerdings ein Weltbild voraus, in dem sich archaisch-magische Vorstellung vom „Heiligen Mann“ mit der aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert stammenden katholischen Tradition der Papstverehrung mischen. In anderen Weltteilen, nicht zuletzt im westlichen Europa, ist davon nicht mehr viel zu finden. Schon deshalb reagieren auch rechtschaffene Katholiken in unseren Breiten anders auf den Papst als Menschen auf den Philippinen. Was unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen fasziniert, hängt eher mit der Institution Papsttum zusammen, die in einer sonst nirgends mehr anzutreffenden *Kontinuität* von der Spätantike über das Mittelalter bis in die Gegenwart reicht. Das macht auch den Blick hinter das Schlüsselloch der päpstlichen Gemächer so interessant, den „Time“ neben seiner Analyse des Profils Johannes Pauls II. bietet.

Der Papst betrachte es als seine Pflicht, den „Strom des modernen Lebens zu stören“, so lautet einer der Kernsätze im „Time“-Beitrag über Johannes Paul II.: Der Papst bzw. auch die von ihm sichtbar verkörperte Kirche erscheinen als Fels in der Brandung angesichts immer größerer Unsicherheit und Unübersichtlichkeit der späten Moderne. In einer solchen Vorstellung verbinden sich allerdings Wunsch und Wirklichkeit: Auch die moralische Autorität von Papst und Kirche ist schließlich bei jeder Äußerung in die Probleme und Spannungen der Moderne verstrickt bzw. hat sich mit dem Zweiten Vatikanum und seiner Konstitution über die Kirche in der Welt von heute offiziell in diese Spannungen hineinbegeben.

Auch wenn Johannes Paul II. im einen oder anderen Punkt tatsächlich weiter sehen mag als viele seiner Kritiker und das moralische Wächteramt der Kirche unverzichtbar bleibt: Sein Pontifikat zeigt bisher – teilweise sicher gegen den Willen des Amtsinhabers –, daß die katholische Kirche und ihr Oberhaupt in der Rolle der „mater et magistra“ für die heutige Welt überfordert sind. ru

## Schmarotzer

*Nicht-Kirchensteuerzahler für bestimmte Leistungen zur Kasse bitten?*

In Zeiten, in denen Gürtel enger geschnallt werden, kommen auch die Hemden wieder näher als die Jacken und die Empfindlichkeit für Schmarotzertum aller Art wächst. Dies mag die Erklärung dafür sein, daß man sich in Gewerkschaftskreisen an „Trittbrettfahrern“ stört, die an der Mitgliedskasse vorbei, vom Segen mühsam erfochtener Tarifleistungen profitieren.

Daß man sich in Kirchenkreisen an Trittbrettfahrern stört, oder besser, dieses öffentlich äußert, ist demge-

genüber einigermaßen ungewöhnlich. Entsprechend reagierte man auch mit mehr oder minder verhaltenem Kopfschütteln auf einen Vorstoß der Synodalpräsidentin der Nordelbischen Kirche, *Elisabeth Lingner*: Die Kirche sollte sich überlegen, ob sie „Serviceleistungen“ auch für Leute zur Verfügung stellen will, die keine Kirchensteuer zahlen. Wer trotz Austritt beispielsweise den kirchlichen Kindergarten, die Kindertagesstätte oder die Beerdigung auf einem evangelischen Friedhof wünscht, ist herzlich willkommen, soll aber angemessen zur Kasse gebeten werden.

Nun mag zuallererst die Wahl von Kindergärten und Kindertagesstätten zum Beispiel nicht allzu glücklich gewesen sein. Gerade beim Kindergarten werden sich die „Trittbrettfahrer“ zu recht darauf herausreden können, daß in bestimmten Stadtvierteln oder besonders in ländlichen Gemeinden zum kirchlichen Kindergarten gar keine Alternative bestehe.

Meist war die Ablehnung dieses provokanten Vorschlags aber sehr grundsätzlich begründet. Schon der Begriff der „Serviceleistung“ klang manchen schlecht in den Ohren. Wesentliches, die Glaubwürdigkeit der Kirche sah man auf dem Spiel stehen: Die grundsätzliche Offenheit einer Volkskirche, die Treue zu einem missionarischen Auftrag, der seine Grenzen nicht beim schnöden Mammon finden dürfe. In seinem jüngsten Buch macht der protestantische Grandseigneur *Heinz Zahrnt* die Frage, ob die Kirche bereit ist, die Gunst ihrer Amtshandlungen nicht nur ihren Kirchensteuerzahlern, sondern allen Menschen, die sie begehren, zuteil werden zu lassen, zum Kriterium der Offenheit und Menschenfreundlichkeit der Kirche. Kirche solle nicht mit der ihr anvertrauten Gnade geizen. Jeder Mensch, nicht nur der Kirchensteuerzahler habe Anspruch auf ihren Dienst.

Welcher Dienst in der Kirche aber ließe sich nicht im letzten auf den missionarischen Auftrag, die genuine Sendung der Kirche zurückführen? Die grundsätzliche ekklesiologische Frag-

würdigkeit solcher Überlegungen scheint sich schon bezüglich ihrer Praktikabilität zu zeigen: Wofür zahlen, wofür nicht, und wenn ja, wieviel? Bei aller Kritik, die Lingner mit ihrem Vorschlag erntet, meist war dennoch auch eine ganze Portion Verständnis dabei. Es reichte von einem gewissen Gerechtigkeitsbedürfnis gegenüber den brav ihre Kirchensteuer zahlenden Gemeindemitgliedern bis zu einem: „Die Kirchen müssen in kargen Zeiten eben auch sehen, wie sie auf ihre Kosten kommen.“

Was immer auch den Hintergrund für die ungewöhnliche Anregung gab, der eine oder andere wird schon daher mit ihr sympathisieren, weil er darin eine zutiefst menschliche, ihm selbst alles andere als fremde Reaktion sieht. Diese mag im einzelnen bei genauem Hinterfragen in Begründungsnöte kommen, sich dem Vorwurf des irrationalen Ressentiments nicht ganz entziehen können, gelegentlich mit einem „so ist es ja auch wieder nicht gemeint“ entschuldigt werden – sei's drum. Ist es denn nicht wirklich ärgerlich, mit welcher unverfrorener Bedenkenlosigkeit mancher Zeitgenosse, den Blick auf dem Gehaltstreifen, seine Mitgliedschaft in der Kirche kündigt, fraglos jedoch akzeptiert oder womöglich noch erwartet, daß kirchensteuerfinanziertes Personal ihm – kreativ, mit vollem persönlichen Einsatz und zugleich verständnisvoll – die ebenfalls kirchensteuerfinanzierten Türen offenhält? Etwa dann, wenn die Partnerin sich unbedingt eine kirchliche Trauung wünscht, wenn er, da man schließlich ja nie weiß, wofür es nützlich ist, sein Kind zur Taufe bringt, es für zwei eigene ruhigere Wochen zu günstigen Tarifen im Ferienlager der Gemeinde unterbringen will oder er selbst nur in der doch so festlich geschmückten Kirche einmal im Jahr „O du fröhliche“ singen mag? Natürlich ist nicht daran zu denken, dem Kirchensteuerflüchtling bei solcher Gelegenheit mehr als nur den Klingelbeutel unter die Nase zu halten.

Dennoch: Ist es nicht ebenso ärgerlich, mit welcher Nonchalance, eine Solidarität mit gesellschaftlich Schwachen

aufgekündigt wird, in dem Sinne, wie Kirchensteuern eben auch Hilfe im sozialen und caritativen Bereich ermöglichen? Der Grundverdacht nagt: Haben sich diese Leute überhaupt überlegt, wieviele Obdachlose Tag für Tag bettelnd von einem Pfarrhaus zum anderen ziehen und sicherlich nicht mit leeren Händen davon gehen, wo Jugendliche landen würden, die bisher noch offene Arme und Ohren in kirchlich getragenen Jugendzentren finden, wieviel auch Kirche beiträgt, daß in den unterschiedlichen Lebensbereichen Gescheiterte Beratung finden können?

Die „kirchlichen“ Nerven mögen an diesem Punkt etwas blank liegen, vor allem in der Erwartung einer weiteren Welle von Kirchenaustritten, ausgelöst durch die neuerliche Einführung des Solidaritätszuschlages. Das Unbehagen gegenüber der Leichtigkeit, mit der manch einer über seine Kirchensteuer und die Mitgliedschaft der Kirche befindet, ist davon jedoch erst einmal unabhängig. An unverfrorenen Anspruchshaltungen stören sich überdies ja nicht nur die Kirchen.

Natürlich darf sich die Kirche ihres Selbstverständnisses wegen nicht in die Ecke „Dienstleistungsunternehmen“ drängen lassen, auch wenn ihr diese Rolle nicht selten angetragen wird. Selbstredend ist der Begriff „Serviceleistungen“ dem Auftrag und redlichem Selbstverständnis der Kirche unangemessen. Wer aber will bestreiten, daß das, was von den Kirchen mitunter eingefordert wird, nicht mehr ist als eine „Serviceleistung“: Das reicht eben von der kirchlicherseits bereitzustellenden stimmungsvollen Atmosphäre zum Familienfest bis hin zu möglichst perfekt zu besetzenden Statistenrollen für das anspruchsvolle Hochzeitsvideo. Das in der Kritik an den „Serviceleistungen“ sich äußernde Unbehagen kirchlicher Insider und der Ärger über Kirchensteuerflüchtlinge haben, so verständlich es auf den ersten Blick auch scheinen mag, immer auch etwas Selbstgerechtes, Elitäres, Ausgrenzendes an sich. Oft sind damit auch schlichte Unterstellungen gegenüber Aus-, Wiederein- oder einfach nur Nebenher-

trehenden verbunden. Anspruchsdenken ist durchaus auch von der anderen Seite her denkbar: Ich zahle Kirchensteuer und also verlange ich..., bis hin zum Ausschluß derer, die eben nicht mehr zahlen, der „Kirchenfernen“, der „Atheisten“. So scheint auch die gelegentlich ins Spiel gebrachte Kultursteuer im ein oder anderen Fall schon den Charakter einer Strafgebühr für Kirchenferne anzunehmen.

Vielleicht aber darf man sich in für die Kirche winterlichen Zeiten gelegentlich aber doch den Ärger über Anspruchshaltung und Serviceanfragen einmal gönnen, solange zumindest, als die geschwisterliche Korrektur dieser Selbstgerechtigkeit intakt ist. Wird solchermaßen dumpfer Ärger bewußt und in die Schranken gewiesen, dient er allemal der Vergewisserung, daß die Kirche ihren Auftrag weder durch sich selbst noch durch die Serviceanfragen mancher Zeitgenossen erhält. fo

## Halbherzig

*Zwei vatikanische Schreiben zur Lage der Frau*

Die massiven Bemühungen um Einflußnahme des Apostolischen Stuhls auf den Verlauf der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Kairo vom vergangenen September (vgl. HK, November 1994, 555) sind noch in bester Erinnerung, da gilt es bereits, sich auf das nächste Datum dieser Art einzustellen. Vom 4. bis 15. September 1995 findet in Peking die vierte Weltkonferenz der UNO über die Frauen statt, zu dem der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden wiederum eine Stellungnahme erarbeitete, die Ende des vergangenen Jahres veröffentlicht wurde.

Schon die inhaltliche Nähe dieses Themas zum Verhandlungsgegenstand von Kairo legt die Frage nahe, ob sich auch für Peking eine Fragestellung abzeichnet, für die der Vatikan sich in den

kommenden Monaten ähnlich massiv ins Zeug legen wird wie im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Befürchtung, die Weltbevölkerungskonferenz könnte eine uneingeschränkte Anerkennung der Abtreibung als Mittel der Bevölkerungskontrolle verkünden.

Die vatikanische Stellungnahme zu Peking befließigt sich eines wesentlich weniger alarmierenden Tons. Trotz aller Einschränkungen, Warnungen vor Irrtümern und kritischen Bemerkungen werden der Einsatz für die Achtung der Würde der Frau und die Förderung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft im Vatikan als ein – wie es in der Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag am 1. Januar 1995, die sich diesmal mit der „Frau als Erzieherin zum Frieden“ befaßt, heißt – „im wesentlichen positiver Weg“ aufgefaßt. Auf ein hohes Maß an Zustimmung wird der Vatikan auch bei einer Reihe von Aussagen stoßen, in denen er sich für mehr sozialpolitische Hilfe für Frauen einsetzt, für mehr Unterstützung angesichts zahlreicher Varianten von Gewalt an ihnen, für mehr rechtlichen Schutz.

Trotz dieses Einsatzes für die Achtung der „gleichen Würde“ der Frau, trotz der unzweideutigen Verurteilung jedweder Form der Diskriminierung von Frauen fallen andererseits die Warnungen vor vermeintlichen Irrtümern und Irrwegen auf diesem Gebiet so deutlich aus, daß dies die innere Konsistenz des Schreibens in den Augen manchen Lesers mindern dürfte. Die vielen Warnungen beim Stichwort „Gleichheit“ – wider die Gleichheit der Rollen und Funktionen und zugunsten der sogenannten „Eigenart“ der Frau – werfen einen Schatten auf die positive Bewertung der Gesamtentwicklung.

Die Freude darüber, daß man einen „erbitterten ‚Feminismus‘“ hinter sich gelassen habe, daß man nicht mehr die „Vereinheitlichung oder die undifferenzierte Nivellierung der beiden Geschlechter“ anstrebe, daß man sensibel geworden sei für das „Recht auf Verschiedenheit“, für das „Wissen um das

Recht, eine Frau zu sein“ kommt im Grunde zu schnell, noch bevor jedenfalls der tiefgreifende Wandel und die nötigen Veränderungen für die gesellschaftliche Rolle der Frau hinreichend dargestellt werden. Statt dessen distanziert man sich von einem Verständnis von „Befreiung“ der Frau, das Familienleben und Mutterschaft als „Risiko und Handicap“ begreift.

Dieser argumentative Einsatz gegen eine befürchtete Nivellierung und Vereinheitlichung liest sich wie der Versuch, gerade auch für die innerkirchliche Diskussion die bisher gültigen amtstheologischen Festlegungen, sprich: den Ausschluß von Frauen vom kirchlichen Amt, zu stützen – ohne daß die kirchliche Diskussion angesprochen würde. Die alles in allem positiven Äußerungen zu den Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen stehen überhaupt in einem auffallenden Kontrast zur Tatsache, daß nach den Vorstellungen des Apostolischen Stuhls zwar eine „vollberechtigte Mitwirkung von Frauen“ auf den unterschiedlichsten Gebieten von Gesellschaft und Kultur anzustreben ist, daß man sich aber über die Folgerungen für die Kirche ausschweigt. Die wiederholte Aufzählung der von der veränderten Stellung der Frau betroffenen gesellschaftlichen Bereiche wie „Erziehung, Wirtschaft, Kultur und Politik“ und die Forderung nach vermehrter „aktiver Teilnahme der Frauen am sozialen, politischen und kulturellen Leben im Hinblick auf eine gemeinsame Übernahme der Verantwortlichkeiten, die der Gemeinschaft obliegen“, oder die nach Erleichterung des „Zugangs zu den verantwortlichen Stellen auf allen Gebieten, einschließlich dem der Politik“ zwingt den Leser geradezu zur Nachfrage: Und wie steht es in dieser Hinsicht mit der Kirche?

Selbstredend hätte die kirchliche Problematik in diesem Text nicht ausführlich behandelt werden können und sollen. Mit einem allgemeinen Hinweis darauf, daß sich ähnliche bzw. verwandte Fragen auch im kirchlichen Bereich stellen, hätte man jedoch im Sinne von „Gaudium et spes“ Nr. 1 Zeitgenossenschaft demonstrieren